

# Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Neukirch, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda beauftragte bestimmtes Blatt



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Max, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1621. Gemeindeverbands Girokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementpreise: Jahresabonnement für den folgenden Tag...  
Einzeltage 10 Pf. (Sonntags- und Feiertage 15 Pf.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.  
Anfalls höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger tragender Grund...  
— hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige...  
— Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 51

Sonnabend, den 28. Februar 1931.

86. Jahrgang

## Tageschau.

Der Gesetz über Zolländerungen ist vom Reichsernährungsminister im Besonderen mit dem Reichsrat zugestimmt worden.

Im Preussischen Landtag wurde durch Obstruktion der Sozialdemokraten und Kommunisten die Erledigung des Antrages auf Halbmarkbefreiung am Donnerstagabend unmöglich gemacht.

Die englisch-italienischen Flottenverhandlungen wurden am Freitag in Rom fortgesetzt. Henderston hatte mit Grund eine 1/2-jährige Unterbrechung und Konfessionen dann mit Mussolini.

Die Vereinigung der Deutschen Baumwollspinnereien beschloß, die Produktion von Mitte März ab allgemein einzuschränken. Diese Maßnahme gilt einwöchentlich auf sechs Wochen im Ausmaß bis zu 25 Prozent je nach dem gegenwärtigen Beschäftigungsgrad für das ganze Reich.

Der Stuttgarter Arzt Dr. Wolf ist gegen Stellung einer Kauflin aus der Haft entlassen worden.

\*) Ausführliches an anderer Stelle.

## Macdonald vor dem Ende.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, was sie ja oft tun, wird der englische Ministerpräsident, der Sozialist Macdonald schon in nächster Zeit das Unterhaus auflösen müssen. Dabei ist es gar kein Geheimnis, daß die Sozialistenpartei Neuwahlen fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Nicht nur ist ein gründlicher Stimmungsumschwung erfolgt, die Partei hat es in den zwei Jahren ihrer Herrschaft nicht fertig gebracht, durch Erfolge in der Innen- und Außenpolitik ihre Stellung zu befestigen. Es ist immer ein sicheres Stimmungsbarometer, wenn die gerade herrschende Partei bei Neuwahlen Siege verliert oder Stimmverluste verzeichnet, über die mit beschönigenden Worten nicht hinwegzukommen ist. Es wird auch keine Partei wagen, sich am Ruder zu behaupten, wenn der Stimmungsumschwung deutlich sichtbar ist, denn das könnte bei Neuwahlen zum Zusammenbruch führen. Für die Engländer ist die parlamentarische Demokratie kein Lippenbekenntnis wie etwa in Deutschland oder gar in Preußen. Nun ist es Macdonald gelungen, sich durch die vielen Klümpen in der inneren und äußeren Politik hindurchzuwinden, aber nun türmen sich Hindernisse vor ihm auf, denen selbst ein so erfahrener Steuermann nicht gewachsen ist. Macdonald hat dem englischen Volke seinerzeit das Blaue vom Himmel herunter versprochen, insbesondere aber den Arbeitern ein Wohlstand mit sozialen Gesetzen und Maßnahmen in Aussicht gestellt. Aber Macdonald ist es nicht gelungen, ein Kohlengesetz durchzubringen, das den Bergarbeitern gegenüber das Versprechen der Sechsstunden-Schicht erfüllt. Die englischen Bergarbeiter müssen heute länger arbeiten gegen geringeren Lohn, als die deutschen Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Auch das Gewerkschaftsgesetz von 1927, das die Baldwin-Regierung nach dem Zusammenbruch des Bergarbeiter-Streiks verordnet hat, hat die Labour-Regierung noch nicht beseitigen können.

Dieses Gewerkschaftsgesetz verbot den Generalstreik schlecht, ebenso die enge Verbindung von Gewerkschaften und politischer Partei. Die Sozialistenpartei hängt eigentlich davon ab, daß die Gewerkschaften für sie den Wahlkampf bezahlen, da es der Partei als solcher an einer umfassenden Organisation fehlt. Daß Macdonald dies Gesetz beseitigen will und muß, ist für die Sozialistenpartei eine Frage auf Leben und Tod. Nun kann die Partei allein nichts im Parlament erreichen, da sie nicht über die Mehrheit verfügt, sondern auf die Unterstützung der Liberalen angewiesen ist. Das ist bisher ganz leidlich gegangen, aber nicht deshalb, weil der alte Feuerkopf Lloyd George Macdonalds schone Augen liebt, sondern deshalb, weil Lloyd George die Konventionen mehr fürchtet als die Sozialistenpartei. Macdonald war bereit, im Interesse der Liberalen das Wahlgesetz zu ändern, weil das heute geltende System die Liberalen buchstäblich ausschaltet. Aber für die Zustimmung verlangte Macdonald die Zustimmung zur Aufhebung des Gewerkschaftsgesetzes, die die Liberalen nur geben wollen, wenn das Gesetz so geändert wird, daß es tatsächlich für die Gewerkschaften schlimmer ist als das alte Baldwin-Gesetz. Die Liberalen können von ihrer Entscheidung nicht abgehen, so daß für Macdonald nichts übrig bleibt, als entweder das Gesetz zurückzugeben oder aber das Unterhaus aufzulösen. Die Auflösung des Unterhauses wird also wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen.

## Die Zollermächtigungsentwürfe im Reichsrat.

Berlin, 28. Febr. (Eig. Meldg.) Der Reichsernährungsminister hat gestern in einer vertraulichen Sitzung des Reichsrates seine Gesetzentwürfe über die für das Kabinett erforderliche Ermächtigung zur Erhöhung der Zölle und über das Agrarprogramm eingebracht. Er hat um Unterstützung der Beratungskommission gebeten, weil beide Gesetze noch in der jetzigen Sitzung des Reichstages zur Verabschiedung kommen sollen.

Der Gesetzentwurf über die Zollhöhen ist mit einer ausführlichen Begründung ausgestattet, die die Notwendigkeit hervorhebt, die Zölle beschleunigt den jeweiligen Weltmarktpreisen anzupassen, um so den Konjunkturschwankungen im Sinne eines Schutzes der deutschen Wirtschaft zu folgen. Dabei ist sowohl an Agrar- wie an Industrie gedacht, da ja die Wünsche der Landwirtschaft nach Zollermächtigung von gleichen Anregungen der Industrie begleitet worden sind. Das Ermächtigungsgesetz selbst soll unter diesen Umständen der Regierung nicht nur ein Recht zur Erhöhung der Zölle geben, sondern sie ermächtigen, die Zölle von Fall zu Fall während der ganzen Geltungsdauer wieder zu verändern. Es wird also das Prinzip der gleitenden Zölle gewissermaßen auf sämtliche Positionen des Zolltarifs ausgedehnt.

Die Ermächtigung wird voraussichtlich erst mit dem Beginn des neuen Etatsjahres in Kraft treten und für die Dauer des Etatsjahres gelten.

## Wie sehen die Zollermächtigungen aus?

Berlin, 28. Febr. (Eigene Meldung.) Brüning hat die Gewerkschaften, die eben erst beim Reichspräsidenten waren, über die gewünschten Zollermächtigungen der Regierung beruhigt. Aus seinen Erklärungen erliest man, daß an Zollermächtigungen zunächst gar nicht gedacht wird. Die Landwirtschaft soll nach den Ansichten des Kanzlers zunächst einmal sich selbst helfen und erst wenn sie auf diesem Gebiet das geleiht habe, was die Regierung von ihr fordere, dann könnten als Belohnung für Wohlverhalten natürlich politische wie wirtschaftliche, einige kleinere Zollermächtigungen eintreten. Das ist natürlich eine völlig verkehrte Auffassung, vor allem wenn es sich darum handelt, die deutsche Veredelungswirtschaft vor der überstarken Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Die deutsche Landwirtschaft braucht doch gerade den Schutz hoher Zölle, damit sie sich auf die Veredelungswirtschaft einstellen kann, damit sie sich auf die Bedürfnisse des Inlandmarktes einstellt und endlich den Vorprung einholt, den verschiedene Länder aus dem Gebiet der agrarischen Veredelungswirtschaft vor Deutschland haben. Auch der Reichsernährungsminister versicherte den Gewerkschaften, daß man zunächst der Landwirtschaft einen Termin stellen werde, bis zu dem sie die Forderungen der Regierung erfüllt haben soll. Dann werde man über die Frage beraten, ob unter Umständen von den Zollermächtigungen Gebrauch gemacht würde. Von deutschnationaler Seite wird mit Recht darauf hingewiesen, daß sich auf derartige Agrarprogramme die deutsche Landwirtschaft nicht einlassen könne. Vielleicht hat aber der Kanzler und der Reichsernährungsminister durch diese Ausführungen Eindruck auf die Sozialdemokraten gemacht, die daraufhin vielleicht nun ihrerseits ihre Zustimmung zu dem Agrarprogramm geben werden.

## Wiener Enttäuschung über den Curtius-Besuch.

Wien, 27. März. Die Abgabe des Reichskanzlers Dr. Brüning und die Ankündigung, daß allein der deutsche Außenminister Dr. Curtius am 8. März nach Wien kommen werde, hat in Oesterreich außerordentlich ungünstig gewirkt. Wer die österreichischen Stimmungen einigermaßen kennt, der mußte sich über eine solche Wirkung von vornherein klar sein. Die Persönlichkeit des Reichskanzlers genießt hier, unabhängig von parteipolitischen Betrachtungen, weitgehende Sympathien, sogar bis zu den Nationalsozialisten. Man hatte sich darauf gefreut, den deutschen Staatsmann begrüßen zu können und gehofft, mit starker nationaler Betonung den Eindruck des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen wieder etwas korrigieren zu können. Man kann schon sagen, daß die breite Masse in Oesterreich nun enttäuscht ist. Dem Wiener eine Sensation zu verderben, soll ein nicht ganz strafloses Unterfangen sein.

Die Persönlichkeit des Reichsaußenministers ist, bei aller Wertschätzung, die er sich in gewissen politischen Kreisen durch die letzte Genfer Tagung erworben hat, doch nicht mit dem Reichskanzler an persönlicher Wirkung zu vergleichen. Man befürchtet wohl nicht ganz zu Unrecht, daß das alleinige Kommen von Dr. Curtius über die nüchternen bürokratischen Verhandlungen hinaus keine Schwünge hervorrufen wird und daß, was entscheidend ist, auch die bürokratischen Verhandlungen letztlich im Hinblick auf die Anschlussfrage, Zollunion und gemeinsame Europapolitik ergebnislos verlaufen dürften. So würde also weder eine äußere noch eine sachliche Gegenwirkung gegen verschiedene andere bekannte Bemühungen erzielt werden, obwohl diese anderen Bemühungen nach wie vor weiterlaufen und ihnen bestimmte Kreise, auch an offiziellen Stellen, durchaus sympathisch gegenüberstehen. Es besteht die Gefahr, daß beim alleinigen Besuch von Curtius eine günstige Gelegenheit, die der Kanzlerbesuch bedeutet hätte, verpaßt sein wird, da ja Brüning nicht innerhalb der notwendigen kurzen Zeit seinen Besuch nachholen können. Das Fehlen einer sachlichen Entscheidung wird ein Vakuum erzeugen, so daß die Gegner einer deutschen Mitteleuropa-Politik willkommenen Gelegenheit zur Verfolgung ihrer Pläne haben.

Dazu kommt, daß man auch am Wallhausplatz über das Hin und Her des Kommens und Nichtkommens etwas müde geworden ist, eine Müdigkeit die Curtius kaum überwinden dürfte, die im Augenblick vielleicht nur Brüning eben als Reichskanzler verschleuchen könnte. Ein Besuch von Curtius allein ohne positive Ergebnisse in der Zollunionsfrage oder anderen schwebenden Fragen, die zwischen ihm und Schöber zur Diskussion stehen, bedeutet einen ausgesprochenen Fehlschlag, der bei dem sich immer mehr verbreitenden ungarisch-italienischen Einfluß (mit Restaurationsgedanken) eine ausgesprochene Gefahr für die deutsche Mitteleuropapolitik ist. Wenn also der Reichskanzler im Augenblick wirklich nicht nach Wien kommen kann, so sollte man wenigstens auch den Besuch von Curtius verschließen, um dann möglichst bald den gemeinsamen Besuch von Kanzler und Außenminister nachzuholen.

## „Wir bleiben draußen“.

Berlin, 27. Febr. In einer Rede in Frankfurt a. d. O. erklärte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion Dr. Oberföhrer: Wir sind draußen und bleiben draußen. Alle mehr oder minder verfallenen Versuche, mit Osthilfe oder Wehretat die Deutschnationalen wieder in den Reichstag zu locken, sind aussichtslos. In einer Entschließung wurde der Rücktritt der Regierung Brüning und der Regierung Braun gefordert.

## Ein Beschwerdebrief des Abgeordneten Dr. Quack an den Reichsinnenminister.

Berlin, 27. Februar. (Eigene Meldung.) Geheimrat Dr. Quack hat, wie die „Kreuzzeitung“ berichtet, an den Reichsinnenminister Dr. Wirth ein Schreiben gerichtet, in dem er sich mit der Rundfunkrede des Reichstagspräsidenten Wöbe beschäftigt. Wöbe habe über seine Quack, Stellungnahme im Reichstag Mittelungen verbreitet, die „wahrheitswidrig den Anschein erwecken, als ob er jemals Vorschläge zur Änderung des Budgetrechtes gemacht hätte, wie solche jetzt durch die jüngste Novelle zur Geschäftsordnung des Reichstags Tatkraft geworden seien.“ In allen Kulturstaaten sei das Recht der freien Meinungsäußerung, sowie die Gleichberechtigung der Staatsbürger rechtlich gewährleistet. Gegen diese Grundzüge des Rechtslebens verstoße es, wenn amtliche Einrichtungen, wie der Rundfunk, einseitig den Agitatoren einer Partei zur Verfügung gestellt würden. Das Schreiben schließt mit der Frage, ob der Minister beabsichtige, diesem Mißbrauch der öffentlichen Einrichtungen zu Parteizwecken nunmehr endlich Einhalt zu gebieten.

## Reichsgericht und Nationalsozialisten.

Berlin, 28. Febr. (Eig. Meldg.) Das Reichsgericht hat jetzt das Verbot des nationalsozialistischen „Schleichen Beobachters“ für rechtmäßig erklärt und in der Begründung gesagt, daß die Nationalsozialisten auf den gewalttätigen Umsturz der Verfassung hinarbeiteten. Hitler hatte ja nun bekanntlich unter Eid bei dem Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht erklärt, daß die Nationalsozialisten nur auf gesetzmäßigem Wege die Änderung der heutigen Verhältnisse anstreben. Das Reichsgericht ist jetzt der Ansicht, daß die Nationalsozialisten eine Umsturzpartei sind. Diese Feststellung des Reichsgerichts ist für die kommende Entwicklung sehr wichtig, denn jetzt müssen auch alle anderen Gerichte, sollen ihre Urteile durch das Reichsgericht nicht aufgehoben werden, den Standpunkt